

# Drogenberatung, Kluse: Wird alles geopfert?

## Bündnisgrüne entsetzt über „CDU-Politik der sozialen Kälte zur Sanierung des Mendener Haushalts“

Von H.-Jürgen Czerwinski

**Menden.** Bürgermeister Rudolf Düppe signalisiert den hilfsbedürftigen Gruppen und Bittstellern immer gern öffentlich Hilfs- und Gesprächsbereitschaft (siehe weiteren Bericht). Doch die CDU-Fraktion hat unter seiner Mitwirkung meistens längst (andere) Fakten ge-

setzt. Die Jugend- und Sozialarbeit wird nach dem Willen der Christdemokraten rigoros zusammengestrichen — zur Sanierung des Haushaltes.

Die Mendener Bündnisgrünen sind „angesichts dieser Politik sozialer Kälte entsetzt. Das ist ein Rudi-Düppe-Haushalt“, wertet Grünen-Fraktionssprecher Stefan Neuhaus. Er appelliert in

letzter Sekunde an den derzeitigen Mann der Stadt, endlich seinen wohlwollenden Worten gegenüber den Schwachen in der Stadt, auch politische Taten folgen zu lassen. Die Bündnisgrünen entwarfen gestern Abend im Pressegespräch schon einmal ein Schreckensszenario der städtischen Sozialpolitik für das Haushaltsjahr 2000. Neu-

haus: „Sollte all das Wirklichkeit werden, was die CDU in den letzten Tagen angekündigt hat, wird es ganz schlimm. Denn das steht unmittelbar bevor:

□ **Drogenberatung:** Wegfall der beiden Sozialarbeiterstellen ab 2001.

□ **Jugendbildungsstätte Kluse:** Drastische Reduzierung des Angebotes. Ab 1. Ju-

li 2000 Aufgabe der gesamten offenen Bildungsarbeit. Mittelfristig Schließung und Verkauf des Gebäudes geplant. **Kinder- und Teenietreff Kluse:** Mittelfristig ist die Schließung geplant.

□ **Bauwagenaktion in den Sommerferien:** Komplette Streichung des Angebotes.

□ **Jugendfreizeitheim der freien Träger** (St. Walburgis,

St. Marien, Falkenheim): Existenzbedrohende Kürzung.

□ **Beihilfen für Jugendfreizeiten und Ferienerholung:** Komplette Streichung der Gelder.

□ **Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch „Wildwasser“:** Keine finanzielle Unterstützung.

Dagmar Schlinkbäumer, jugendpolitische Sprecherin

der Bündnisgrünen: „Viele Einrichtungen sind nicht einmal darüber informiert worden, was jetzt akut droht. Wir werden kämpfen.“

Nur eine von mehreren Forderungen zur Gegenfinanzierung: Streichung der Zuschüsse zur Adventsbeleuchtung und Menden à la carte von 80 000 Mark zu Gunsten des Jugend-/Sozialbereichs.